

Helmut Creutz: Quo vadis DDR und Bundesrepublik?

1

Gibt es einen Dritten Weg zwischen Markt und Plan, zwischen Kapitalismus und Sozialismus? Vertun wir eine historische Chance?

Geld und Boden sind das Fundament, die Wirtschaft der Unterbau jeder Gesellschaft. Eine stabile und gerechte Gesellschaft ist also nur auf der Grundlage einer stabilen und gerechten Wirtschaft möglich, diese nur auf der Basis einer stabilen und gerechten Geld- und Bodenordnung.

2

In den Ländern des Ostblocks überschlagen sich die Ereignisse. Die Verantwortlichen von gestern verschwinden in der Versenkung oder werden als Sündenböcke vorgeführt. Dieses Ablösungskarussell verdrängt allzu leicht den Tatbestand, daß die Miseren dort weniger auf personelle als auf strukturelle Ursachen zurückzuführen sind. So wie im Westen die Überschuldungen und damit die Diskrepanzen zwischen arm und reich weiter wachsen, unabhängig von einem Austausch der Regierenden und Regierungen, so im Osten die Versorgungsmängel und der Zusammenbruch der Wirtschaft.

Wenn eine Maschine einen Konstruktionsfehler hat, kann ein Auswechseln des Maschinisten wenig bringen. Selbst eine Persönlichkeit wie Michail GORBATSCHOW gerät darum in zunehmende Schwierigkeiten. Beobachter vor Ort fürchten bereits, daß er das nächste Jahr nicht überstehen könnte. Wo aber liegen die »Konstruktionsfehler« in den Systemen, die behoben werden müßten, wenn es zu einem Abbau der Problemwicklungen und grenzüberschreitenden Spannungen kommen soll? – Hier ist es zweckmäßig, zuerst einmal die bestimmenden Systembegriffe zu klären.

I. Die Begriffe

Die westlichen Systeme können mit Marktwirtschaft und Kapitalismus umschrieben werden, die östlichen mit Planwirtschaft und Sozialismus. Dabei werden in beiden Lagern die Begriffspaarungen als Einheit angesehen und die Einzelbegriffe sogar miteinander verwechselt. Kaum jemand kann sich vorstellen, was beispielsweise ein vom Plan befreiter Sozialismus sein könnte oder eine vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft. Doch genau diese Trennung der Begriffe und ihre Analyse ist erforderlich, wenn wir zu konstruktive Alternativen kommen wollen. |

Eine Marktwirtschaft wird von Angebot und Nachfrage bestimmt. Ohne kapitalistische und planwirtschaftliche Verfälschungen führt jeder Tauschvorgang am Markt zu einem beiderseitigen Nutzen. »Gegenseitigkeit«, so stellte schon Proudhon vor rund 150 Jahren fest, »ist die Formel der Gerechtigkeit.« Wie ein natürlicher, negativ rückgekoppelter Regelkreis, bringt sich ein freier Markt immer wieder ins Gleichgewicht. Ein Gütermangel führt aufgrund des Wettbewerbs zu erhöhten Angeboten, die sich mit der einsetzenden Sättigung selbsttätig abbremsen. Ein freier Markt sorgt dafür, daß keine Bäume in den Himmel wachsen, auch nicht die Gewinne, die sich selber herunterkonkurrieren.

Die Planwirtschaft stellt einen unnatürlichen Eingriff in das Marktgeschehen dar. Sie setzt die Steuerungsmechanismen von Angebot und Nachfrage außer Kraft und entmündigt den Menschen als Verbraucher wie als Produzenten. Die Folgen der gestörten Selbststeuerungsprozesse sind einerseits Produktionen am Bedarf vorbei, andererseits Gütermangel, Wartezeiten und Warteschlangen. Als Folge davon bilden sich Schwarze Märkte und Sonderverteilungsstellen für Bevorrechtigte, was zu Ungerechtigkeiten und sozialen Spannungen führt. Die Plan- und Zuteilungswirtschaft erfordert | immer größere Bürokratien mit bevorzugten Funktionärseliten, die immer größere Reibungs- und Verteilungsverluste produzieren. Willkürlich festgelegte Preise und leistungsferne Entlohnungen führen zu einem wachsenden Desinteresse an der Leistung und zur Minderung der Qualität. Außerdem verlieren die Menschen das Gefühl für die Wertigkeit der Dinge. Sie gehen sorgloser und leichtfertiger mit allem um, weil alles allen und damit niemandem gehört. Sie verfüttern – um ein Beispiel zu nennen – subventioniertes Brot an Tiere, weil es billiger als Futtermittel ist.

Der Kapitalismus ist das Kennwort für eine Wirtschaftsform, in der letztlich nicht der Bedarf, sondern die Rentabilität des eingesetzten Kapitals über die Produktion entscheidet. Das heißt, zu einer Investition und damit einem Güterangebot kommt es nur dann, wenn diese Investition mindestens jenen Zins abwirft, den man ohne jede Leistung für Bankeinlagen erhält.

Die Folge ist, daß, bei einem angenommenen Zins von 5 Prozent, der Wert sämtlicher Sachkapitalien in einer Volkswirtschaft (also aller Produktionsanlagen, Gebäude, Vorräte und des Bodens) alle zwanzig Jahre erneut aus den Taschen der Arbeitleistenden in die der Besitzenden übergeht. Und zwar zusätzlich zu den Abschreibungen, mit denen die Abnutzung der Sachkapitalien rund doppelt so rasch zunehmen wie die Wirtschaftsleistung, die Geldkapitalien sogar rund dreimal so rasch, nimmt auch die Umverteilung der Einkommen von den Werteschaffenden zu den Besitzenden laufend zu. Die damit verbundene Verarmung der Arbeitleistenden kann nur durch ein ständiges Wirtschaftswachstum ausgeglichen werden, also mit einer zunehmenden Gefährdung der Natur.

Sozialismus ist sicherlich der schillerndste Begriff. Seine Definition reicht von allgemeiner Solidarität bis zur Verstaatlichung aller Güter oder leistungsloser Einkommen für alle.

Am zutreffendsten kann Sozialismus vielleicht mit Gerechtigkeit und Brüderlichkeit umschrieben werden, mit Überwindung von Privilegien, Mitverantwortung für die Gemeinschaft und den Nächsten, vor allem für jene, die unverschuldet in Not geraten. Staatlich organisiert und mit festgeschriebenen Ansprüchen gekoppelt, führt er jedoch leicht zu Mißbrauchsentwicklungen und dem Versuch, das soziale Netz als Hängematte auszunutzen und damit andere zu belasten. Die Wirklichkeit in Ost und West bietet dafür genügend Anschauungsmaterial.

Die Begriffsverbindung »Soziale Marktwirtschaft« im Westen ist im Grunde ein weißer Schimmel, da eine wirklich freie Marktwirtschaft auf Gerechtigkeit basiert. Das vorgehängte Wort »sozial« umschreibt lediglich den Versuch, die negativen Auswirkungen des Kapitalismuseffekts durch staatlich organisierte Einkommens-Rückverteilungen wenigstens teilweise auszugleichen. Aufgrund des Überwachstums jener Umverteilung von der Arbeit zum Besitz sind diese staatlichen »Reparaturmaßnahmen« jedoch auf Dauer immer weniger möglich.

Im übrigen gilt in allen Fällen: Nicht der Staat ist der sozialste, der

- 5 die um|fangreichsten Einkommens-Rückverteilungen vornimmt, sondern derjenige, in dem sie am wenigsten erforderlich sind.

II. Welche anderen Gesellschaftsformen wären denkbar oder wünschenswert?

Wie die Analyse gezeigt hat, sind die Begriffspaarungen in beiden Lagern widersprüchlich. Dem Stichwort »Gerechtigkeit« für Sozialismus steht im Osten das Stichwort »Unfreiheit« für Planwirtschaft gegenüber. Im Westen wiederum steht Marktwirtschaft für Freiheit, Kapitalismus für Ungerechtigkeit und Ausbeutung.

Eine andere Paarung der Begriffe, zum Beispiel die Zusammenfassung von Kapitalismus und Sozialismus, käme einer Vereinigung von Feuer und Wasser gleich. Nicht anders wäre das mit einer Zusammenfassung von Plan- und Marktwirtschaft. Auch ein bißchen Plan- in einer Marktwirtschaft, oder ein bißchen Kapitalismus in einer sich sozialistisch nennenden Gesellschaft, kann nicht gutgehen: Sowohl die Planwirtschaft wie der Kapitalismus tendieren – ähnlich wie ein Tumor in einem biologischen Organismus – zu einer ständigen Ausweitung und damit zur Überwucherung alles anderen.

Auch eine Mischung von Kapitalismus und Planwirtschaft ist kaum vorstellbar, weil hier zwei zur Selbstzerstörung neigende Systeme zusammenkommen. Faßt man dagegen Marktwirtschaft und soziale Sicherung zusammen, könnte sich – befreit von Plan und Kapitalismus – eine konstruktive Basis für ein Leben und Wirtschaften in Freiheit und Gerechtigkeit ergeben.

III. Die konkrete Situation in der DDR

Die Situation in der DDR ist gekennzeichnet von einer alles beherrschenden Planwirtschaft mit ganz geringen Resten von Markt. Sozialismus wurde dort vor allem als Verstaatlichung des Bodens und der Produktionsmittel verstanden, außerdem als Garantie des Arbeitsplatzes und der Subventionierungen aller Grundbedürfnisse. Das damit zwangsläufig zunehmende Desinteresse an der Leistung konnte nur anfangs durch anspornende Parolen und die Verleihung von Fahnen und Orden aufge-

halten werden. Da aber auch ein sich sozialistisch nennendes Land immer nur verteilen kann, was vorher geschaffen wurde, waren die Kalamitäten vorprogrammiert.

Angesichts der Verstaatlichungen und der relativ geringen Geldvermögensbildung spielt der Kapitalismuseffekt in der DDR bislang nur eine geringe Rolle. Trotzdem werden auch hier die Einlagen der Bürger bei den Banken verzinst, da ohne dieses Zinsversprechen – nicht anders als bei uns – der Geldkreislauf und damit die Wirtschaft zusammenbrechen würden. Diese Zinseinnahmen aber, die vor allem den Gutverdienenden zugute kommen, müssen auch in der DDR von den Einnahmen der Arbeitleistenden abgezweigt werden, es sei denn, daß der Staat sie mit neugedruckten Scheinen finanziert.

Gravierender wahrscheinlich als dieser »Innenkapitalismus« hat sich derjenige ausgewirkt, den man mit den Außenschulden importierte. Nach den letzten Zahlen liegt diese Außenschuld der DDR bei 20 Mrd. Dollar, also rund 36 Mrd. DM. Umgelegt auf jeden der acht Mio. Erwerbstätigen beträgt die Verschuldung also 4.500 DM, was bei sechs Prozent Verzinsung im Jahr 270 DM und im Monat 22 DM ergibt. Je nach Wechselkursansatz geht damit den Arbeitleistenden in der DDR zehn bis zwanzig Prozent des Einkommens verloren. Verhindert werden kann diese Verarmung nur, wenn man in gleicher Größenordnung den Produktionssausstoß ausweitet und das produzierte Mehr in den Westen exportiert, um mit den eingenommenen Devisen die Schuldzinsen zu bedienen. Das heißt, die Produktion muß entsprechend über den Eigenbedarf hinaus gesteigert werden, ohne daß die Arbeitenden davon einen Nutzen haben.

Das Beispiel zeigt, welcher Wachstumszwang mit Verschuldung gekoppelt ist und welche ökologischen Probleme davon ausgehen müssen. Es zeigt aber vor allem die Gefährlichkeit weiterer Kreditaufnahmen im Westen.

IV. Die konkrete Situation in der Bundesrepublik

Die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik ist durch einen weitgehend noch intakten Markt gekennzeichnet, der jedoch durch wachsende Kapital- und Firmenkonzentrationen gefährdet ist. Außerdem wird der

Markt durch staatliche Einmischungen und Preisregulierungen belastet, vor allem im Agrar- und Wohnungsbereich.

Die gefährliche Belastung geht jedoch von dem Überwachstum der Geldvermögen und Schulden aus, die eine zunehmende Umverteilung der Einkommen von der Arbeit zum Besitz zur Folge haben. Einen Teil der damit verbundenen Probleme, vor allem Arbeitslosigkeit und Verarmung, haben wir – wie auch die übrigen Export- und Gläubigernationen – bislang in andere Länder »exportieren« können. Das gilt nicht nur für die Länder der Südhalbkugel. Auch der schuldenzinsbedingte Reichtumsabfluß aus der Mehrzahl der Ostblockstaaten hat sich entlastend auf unsere Inlandsituation ausgewirkt. Da der Reichtumszuwachs in den geldgebenden Industrienationen jedoch schwerpunktmäßig einer Minderheit zugutekommt, nehmen auch hier die Diskrepanzen zwischen arm und reich zu. Bei uns zeichnet sich das als Anstieg der Dauerarbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Obdachlosen ab. In England und in den USA hat die Realverarmung bereits den Mittelstand erreicht. Und der Versuch, diese Entwicklungen durch ständiges Wirtschaftswachstum auszugleichen, stößt auch im Westen auf ökologische Grenzen.

V. Was könnte/müßte in der DDR geschehen?

6 Geht man von den Ergebnissen der Begriffsanalyse aus, gilt es in der DDR die Planwirtschaft abzubauen, ohne den Kapitalismus einzuführen. Eine| solche einschneidende Umstrukturierung ist *jedoch* nur einer stabilen politischen Situation möglich. Genau wie in allen anderen Ostblockländern wird sich *jedoch* auch in der DDR die Wirtschaftslage weiter verschlechtern. Das hängt einmal mit der veralteten und heruntergewirtschafteten Substanz im Produktions- und Wohnungsbereich zusammen. Außerdem verlieren die bislang noch halbwegs funktionierenden Planwirtschaftsstrukturen durch die politischen Ereignisse an Kraft, ohne daß ausgleichende Marktstrukturen bereits vorhanden sind. Diese »Durststrecke« könnte zu sozialen und politischen Spannungen führen, zu Streiks und Unruhen. Und während diese Entwicklungen in Jugoslawien und der UdSSR vor allem Auseinandersetzungen zwischen den Völkerschaften zur Folge haben, könnte es in der DDR zu solchen zwischen den Anschlußgegnern und -befürwortern kommen.

Die DDR braucht deswegen vor allem eine handlungsfähige Regierung, die von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird. Handlungsfähig ist eine Regierung jedoch nur dann, wenn sie zahlungsfähig ist.

Zu einem Mehr an Mitteln kann eine Regierung über Steuern, Kredite, Einsparung bisheriger Ausgaben, Verkauf von Staatseigentum oder Drucken von Geldscheinen kommen. Der letztgenannte Weg ist sicherlich der einfachste, aber auch der folgenschwerste angesichts des bereits gegebenen Geldüberhangs. Höhere Steuern belasten die Wirtschaft und die Bürger. Und wohin weitere Kreditaufnahmen im Ausland führen, kann die DDR in einigen Nachbarländern studieren. Es verbleiben der Abbau von Subventionen, Kreditaufnahmen im Inland und der Verkauf staatlichen Eigentums an die Bürger. Während der Subventionsabbau allenfalls schrittweise erfolgen kann, wenn soziale Unruhen vermieden werden sollen, können die beiden letztgenannten Wege relativ schnell greifen:

Durch einen Verkauf von Staatseigentum könnte die Regierung nicht nur rasch zu liquiden Mitteln kommen, es würde auch die Eigeninitiative der Bürger angeregt und damit die Einführung von mehr Markt. Unter Umständen könnte auch ein Teil der Verkaufserlöse stillgelegt und damit der inflationstreibende Geldüberhang verringert werden.

Kreditaufnahmen durch Verkauf von Staatspapieren o. ä. an die Bürger, haben einen ähnlichen Effekt, wenn damit bislang gehortete Geldbestände mobilisiert werden können. Allerdings sollte auch die Aufnahme von Inlandkrediten mit Vorsicht angegangen werden, da der Zinseffekt nicht nur eine verstärkte Umschichtung der Einkommen von der Arbeit zum Geldbesitz zur Folge hat, sondern auch eine beschleunigende Akkumulation und Konzentration der Geldvermögen und damit wiederum einen wachsenden Verschuldungszwang. Denn alle Geldvermögensanhäufungen, die nicht über Kredite wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden, erzeugen deflationäre Störungen. |

VI. Konkrete Reformansätze in der DDR

(a) der Boden

Wie die Produktionsmittel, befindet sich auch der Boden in der DDR weitgehend in staatlicher Hand. Zwischen den (erstgenannten) reproduzierbaren Gütern und dem nicht reproduzierbaren Boden muß jedoch

scharf unterschieden werden: Die von Menschen geschaffenen Güter können, ja sollen den Menschen auch gehören. Der Boden jedoch, wie Licht, Luft und Wasser eine von der Natur den Menschen vorgegebene Lebensgrundlage, kann und darf kein privates Eigentum sein. Denn als nicht vermehrbares Monopolgut ermöglicht der Boden jedem Eigentümer Bodenzins-, Wertsteigerungs- und Spekulationsgewinne ohne Gegenleistung und damit auf Kosten anderer.

Aufgrund der Bodenverstaatlichung befindet sich die DDR also in einer günstigen Ausgangsposition, die auf keinen Fall rückgängig gemacht werden darf. Was jedoch in die Hand der Bürger übergehen sollte, ist das Recht auf Bodennutzung. Das kann vor allem über langfristige Pachtverträge und Baurechte geschehen. Um Korruptionen und Vetternwirtschaft zu vermeiden, sollte die Vergabe nach dem Meistbietungsverfahren in öffentlichen Ausschreibungen erfolgen. Die Pachtgebühren sind in regelmäßigen Abständen der Marktlage anzupassen; der Schutz des Bodens vor Ausbeutung und Vergiftung durch Abgaben nach dem Verursacherprinzip einzugrenzen. Die heutigen Bodennutzer erhalten ein Vorpachtrecht.

Da der Boden allen Menschen gleichermaßen gehört, sollten auch die Einnahmen aus der Verpachtung allen zufließen. Zweckmäßigerweise sollte darum der Boden nicht vom Staat, sondern von einer unabhängigen öffentlich-rechtlichen Stelle verwaltet werden, die die Pachteinnahmen an die Bürger zurückverteilt. Am günstigsten wäre eine solche Rückverteilung an alle Heranwachsenden in gleicher Höhe für die gleiche Zeit. Mit solch einem kostendeckenden Kinder- bzw. Erziehergeld würde auch der soziale Abstieg abgebaut, von dem heute alle Eltern und Alleinerziehenden betroffen werden. Damit würde ein Großteil der sachbezogenen Subventionen überflüssig, an denen heute alle gleichermaßen teilhaben, auch Bürger mit höherem und höchstem Einkommen.

b) Gebäude und Produktionsanlagen

Mit einem Verkauf der im Staatsbesitz befindlichen Gebäude und Produktionsanlagen könnte der Staat am schnellsten seine Zahlungs- und Handlungsfähigkeit aktivieren. Dies gilt vor allem für den Verkauf der Wohnungen und Kleinbetriebe an die Nutzer, ob in Einzeleigentum oder auf genossenschaftlicher Basis.

Der Verkauf der Wohnungen an die Mieter sollte auch in langfristigen Ratenzahlungen angeboten werden, die praktisch einer Erhöhung der

Mieten gleichkommen. Die Umschreibung in das Eigentum der Nutzer sollte jedoch sofort erfolgen, um das Interesse an der Pflege und dem Erhalt des| Wohnraumes zu aktivieren.

Mit einer solchen Umschreibung könnte also am wirkungsvollsten dem weiteren Zerfall der Wohnsubstanz entgegengewirkt werden, vor allem wenn man mit einem Teil der eingehenden Mittel für ein Angebot an Werkstoffen für Reparaturzwecke sorgt.

Für höhere Abschlag- bzw. Ratenzahlungen sollte man entsprechende Nachlässe gewähren. Damit käme es nicht nur zu einem beschleunigten Mittelzufluß an den Staat, sondern auch zu einer zusätzlichen Abschöpfung der inflationsträchtigen Geldbestände in den Händen der Bürger.

Wer weiß, mit welcher Sorgfalt die Bürger in der DDR ihren »Trabi« oder ihre »Datscha« pflegen, kann sich in etwa vorstellen, welcher Vorteil sich aus einem Wohnungseigentumserwerb ergeben wird. Daß eine solche Pflege des Bestehenden auch aus ökologischer Sicht wünschenswert ist, bedarf keiner näheren Erklärung.

Alles das gilt auch für den Verkauf bzw. die Verpachtung der Klein- und Mittelbetriebe an die darin arbeitenden Menschen. Bei den Großbetrieben sollte man verschiedene Besitz- und Organisationsformen in Wettbewerb zueinander treten lassen. Funktionieren können natürlich solche Besitz- bzw. Eigentumsveränderungen nur dann, wenn sie mit entsprechenden Freiräumen für private unternehmerische Initiativen, leistungsgerechte Entlohnungen und marktgerechte Versorgungs- und Preisstrukturen verbunden sind.

c) Der Geldbereich

Daß sich in der DDR – wie in allen Staaten des Ostblocks – große überschüssige Geldmittel angesammelt haben, ist bekannt. Diese Geldansammlung ist sowohl die Folge staatlicher Selbstversorgung durch die Notenpresse wie auch der mangelnden Nachfragemöglichkeiten. Hinzu kommt, daß wahrscheinlich auch in der DDR – trotz guter Verzinsungsangebote – viele Bürger ihre Überschüsse aus Mißtrauen gegenüber dem Staat zu Hause angesammelt haben. Auch hierdurch wurde der Staat zum Geld-Neudruck gezwungen mit dem Ergebnis eines aufgestauten Inflationspotentials, dessen genaue Größe kaum erfaßbar ist. Ein solcher Geldüberhang kann entweder durch eine Anpassung der Preise oder durch eine Abschöpfung der zuviel vorhandenen Kaufkraft beseitigt werden. Wohin eine Anpas-

sung der Preise führt, können die Verantwortlichen der DDR in Polen, Jugoslawien und auch Ungarn studieren: Die einmal in Gang gesetzte Inflationsspirale läßt sich kaum stoppen und führt zu immer größer werdenden sozialen Spannungen.

9 Eine Geldabschöpfung kann sowohl durch großangelegte Verkäufe staatlicher Besitztümer realisiert werden wie durch einen Währungstausch, bei dem Teile des vorhandenen Geldes eingezogen und Geldguthaben, zumindest zeitweise, eingefroren werden. Angesichts der Realitäten auf den Schwarzen Märkten und in den Wechselstuben dürfte der gegebene Geldüberhang durch Verkäufe aus Staatsbesitz alleine kaum aufgefangen werden können. Ist das der Fall, ist ein Währungsumtausch mit Geldmengenreduzierung unvermeidlich. Ein solcher Währungsumtausch ist zwar ein gravierender Einschnitt, aber immer noch besser als eine Inflation nach polnischem oder jugoslawischem Muster, die vor allem die ärmeren Schichten trifft. Eine Geldabschöpfung kann dagegen so organisiert werden, daß diese Schichten am wenigsten verlieren.

Kommt es zu solch einer Abschöpfung, sollte man diesen Vorgang mit einer Reform der Geldordnungsstrukturen verbinden. Zuerst einmal müßte dazu die geldherausgebende Notenbank von staatlichen Einmischungen, vor allem der Kreditvergabe an den Staat, befreit werden. Umgekehrt müßte der Staat die Notenbank zu einer strikten Kaufkraftstabilität des neuen Geldes verpflichten. Am wirkungsvollsten wäre eine solche Verpflichtung, wenn man alle Abweichungen des Preisindexes mit einer Kürzung der Direktoregehälter bei der Notenbank koppeln würde.

Da die Kaufkraftstabilität einer Währung nur bei korrekter Geldmengensteuerung zu erreichen ist, müßte das Geld mit einer Umlaufsicherung verbunden werden, die – unabhängig von der Zinshöhe – einen verfestigten Kreislauf bewirkt. Mit einer solchen »konstruktiven Umlaufsicherung« würde der Zins, der »Knappheitspreis des Geldes«, bei gesättigten Kapitalmärkten gegen Null absinken können, womit auch das Eigentum an den Produktionsmitteln seinen Ausbeutungseffekt verlieren würde.

Statt der Verstaatlichung der Produktionsmittel würde es – als Folge einer konstruktiven Umlaufsicherung – zu einer »Verstaatlichung des Geldes« kommen. Das heißt, die bisherigen Eigentumsrechte des Geldverfügers, die sowohl die Zurückhaltung wie den spekulativen Einsatz dieses wichtigsten Verkehrsmittels in jeder Gesellschaft mit beinhalten, sind auf-

zuheben. Oder anders ausgedrückt: Die bereits gegebene Annahmepflicht des Geldes ist durch eine Weitergabepflicht zu ergänzen.

Geld ist heute kein privates Eigentum, sondern eine öffentliche Einrichtung. Öffentliche Einrichtungen sind dadurch gekennzeichnet, daß jeder sie unter gleichen Voraussetzungen nutzen aber niemand sie blockieren darf. Die heute jedermann zugestandene Blockierung des Geldes ist vielmals gefährlicher als eine der Straßen oder Bahnanlagen. Denn ein Geldentzug führt entweder zu deflationären Störungen der Wirtschaft oder zwingt die Notenbank zu einer ausgleichenden Geldvermehrung. Diese aber muß mit Verzögerung die Inflation anheizen. Demokratie aber setzt, »wenn sie funktionsfähig bleiben soll, eine stabile Währung voraus«, wie der ehemalige Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Fritz Leutwiler, auf seiner Abschiedsrede 1984 noch einmal betonte. Nur durch eine Geldordnungsreform, die zu einer Stabilität der Kaufkraft führt, können Instabilitäten der Volkswirtschaften und Gesellschaften vermieden werden.

Mit einem solchermaßen reformierten Geld wird auch der spekulative Abfluß der Währungen über die Grenzen verhindert mit der Folge langfristiger stabiler Wechselkurse. Auch der befürchtete »Ausverkauf des Landes« kann am wirkungsvollsten mit einer stabilen konvertierbaren Währung verhindert werden.

VII. Welcher Beitrag könnte von der Bundesrepublik geleistet werden?

Wenn wir die Reformbewegung in der DDR unterstützen wollen, müssen wir bei der Einführung der Marktwirtschaft behilflich sein, ohne den Kapitalismus dorthin zu exportieren. Das aber ist nur über zinslose Kredite möglich, noch besser über rückzahlungsfreie Hilfen. Solche Hilfen sind auch ohne Belastung des Steuerzahlers möglich. So könnte man z. B. mit der DDR vereinbaren, auf beiden Seiten die Militärausgaben jährlich um zehn Prozent zu senken und die bei uns eingesparten Milliardenbeträge der DDR zur Verfügung zu stellen. Da die daraus resultierende Nachfrage der DDR nach zivilen Gütern bei uns die sinkende Rüstungsproduktion ausgleichen würde, käme es zu keinen Problemen in der Nachfrage und

am Arbeitsmarkt. Vielmehr würde sich die Beschäftigung sogar erhöhen, da zivile Güter arbeitsintensiver sind als Rüstungsproduktionen.

Die in der DDR eingesparten Rüstungsmilliarden könnten der Erneuerung der dortigen Produktionsanlagen bzw. zur Renovierung des vernachlässigten Wohnungsbestandes dienen. Auch das würde sich dort als eine Belebung der Wirtschaft auswirken, vor allem im Bereich von Handwerk und Handel, und damit die Umstellung zur Marktwirtschaft beschleunigen. Eine solche beispielhafte Übereinkunft zur Rüstungsreduzierung würde außerdem die Befürchtungen mancher Nachbarländer abbauen helfen, die dem Zusammenwachsen beider deutscher Staaten kritisch gegenüberstehen.

VIII. Gäbe es weitere Möglichkeiten zur Hilfe?

Eine noch größere Hilfe für die DDR und für uns selber wäre es, wenn wir, parallel zum Abbau der Planwirtschaft in der DDR, bei uns die negativen Kapitalismuseffekte minimieren würden. Vor allem vor dem Hintergrund, daß diese marktverfälschenden Effekte langfristig auch bei uns zu einer Zerstörung der Wirtschaft und Gesellschaft führen müssen.

Diese zerstörerischen Wirkungen gehen entscheidend von der Überentwicklung der Geldvermögen aus. Denn sie haben eine entsprechende Überentwicklung der Schulden zur Folge, deren negative Auswirkungen nur durch ständiges Wirtschaftswachstum eine zeitlang ausgeglichen werden können.

Da diese wuchernden Geldvermögen in den Industrienationen schon lange keine ausreichenden Anlagevermögen in den eigenen Grenzen mehr finden (trotz staatlicher Milliardeninvestitionen in immer fragwürdigeren Bereichen!), haben sie inzwischen fast alle kapitalärmeren Länder in|
10 den Verschuldungs- und Wachstumszwang hineingezogen. Die Folgen zeichnen sich in einer zunehmenden Diskrepanzentwicklung zwischen Nord und Süd ebenso ab wie zwischen West und Ost, von den Folgen für die Umwelt nicht zu reden.

Gegen die damit verbundenen Verarmungs- und Ausbeutungsprozesse wirken unsere Hilfsaktionen geradezu pharisäerhaft. Ob es sich um die Entwicklungshilfe für die Südhalbkugel oder um Paketsendungen nach Polen handelt: Wir verhalten uns damit wie jemand, der seinen Nachbarn

nachts und hinterrücks das Haus ausräumt, um ihnen am Tage demonstrativ einen Teller Suppe rüberzutragen.

Die ganze sich selber immer mehr beschleunigende Geldvermögens- und Verschuldungsentwicklung kann nur mit sinkenden Zinsen abgebremst werden. Sinkende Zinsen wiederum sind nur – wie bereits dargelegt – durch eine Korrektur der Geldordnung und mit Hilfe einer anderen Geldumlauftechnik zu erreichen. Eine solche Geldordnungsreform würde – wie Keynes es ausdrückte – zu »einem sanften Tod des Rentiers« führen und damit auch zum Ende aller davon ausgehenden kapitalbezogenen Problemeffekte.

Ein anderer Ordnungsbereich, mit dessen Korrektur wir die Entwicklungen in der DDR konstruktiv unterstützen könnten, wäre der des Bodens. Eine solche Bodenordnungsreform war in den 60er Jahren in fast allen Parteien bereits einmal im Gespräch. Selbst Konrad Adenauer hat bereits 1926 darauf hingewiesen, daß die bodenreformerischen Fragen »Fragen höchster Sittlichkeit« seien und die falsche Bodenpolitik »die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen«:

Wer die Entwicklungen am Grundstücksmarkt in der Welt verfolgt, auf den sich das anlagesuchende spekulative Geldkapital zunehmend stürzt, findet diese Aussage bestätigt: In Japan sind z. B. die Bodenpreise in den Zentren in den letzten Jahren förmlich explodiert. Der Wert des Bodens in Tokio hat den der gesamten USA bereits überschritten, und die Mieten in den Zentren sind von keinem Normalverdiener mehr zahlbar. Aber auch die USA ist von der Spekulationswelle bereits erfaßt, ebenso London und Paris, und selbst in der Schweiz steigen die Preise bedrohlich. |

11

In unserem eigenen Interesse täten wir also gut daran, auf ähnliche gewaltfreie Weise wie in der DDR Reformen bei uns einzuleiten. Eine solche beispielhafte friedliche »Revolution« in beiden Staaten käme jedoch nicht nur uns zugute, sondern wäre darüber hinaus ein Beitrag zum Abbau der Spannungen in der ganzen Welt. Denn der Bürgerfrieden ist die Voraussetzung für den Völkerfrieden, wie schon Silvio Gesell vor fast hundert Jahren richtig erkannt hat. Und Bürgerfrieden kann es nur in freien und gerechten Volkswirtschaften geben, in denen das Einkommen der Werteschaffenden weder durch parasitäre Funktionärs- und Aufsichtskader noch durch ein leistungsloses Kapitaleinkommen geschmälert wird.

Die historische Chance ist einmalig. Wir sollten sie nicht verstreichen

und uns nicht durch unsere Landsleute in der DDR beschämen lassen.

Editorische Notiz: Dieser Artikel erschien erstmals in der Zeitschrift »Fragen der Freiheit« (202/1990: 48–59). Er wurde gekürzt in der Zeitung »Contraste« (1/1990: 17–8) sowie in voller Länge als Broschüre im Eigenverlag (Nr. 68, S. 1–12) nachgedruckt. Die Paginierung folgt der Broschüre.

Dieser Text von Helmut Creutz ist urheberrechtlich geschützt unter der CC-Lizenz BY-NC-SA 4.0.

